

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Persönliches Budget: Alles, was Beratende wissen müssen



Das Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat eine neue Broschüre vorgelegt, die alles zusammenfasst, was Fachkräfte und Berater

zu dieser Leistungsform wissen müssen. Zu den immer wieder festgestellten Problemen bei der Umsetzung Persönlicher Budgets gehört eine lückenhafte Beratungsinfrastruktur. Menschen mit Behinderungen haben vor einem Antrag und bei der Umsetzung des Persönlichen Budgets häufig einen umfassenden Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Dies betrifft sowohl die Beratung, die vor einem Antrag für ein Persönliches Budget notwendig ist, als auch die Unterstützung bei einem laufenden Persönlichen Budget. Das Kompetenzzentrum des Paritätischen hat deshalb die wesentlichen Aspekte für Beraterinnen und Berater in einer neuen Broschüre zusammengefasst. Im Mittelpunkt stehen Grundlagen und Prinzipien der Beratung und Anforderungen an Beratungsstellen. Die Broschüre richtet sich somit sowohl an Beraterinnen und Berater als auch an die Träger, die Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten oder anbieten wollen. Die 24-seitige Broschüre »Selbstbestimmung durch Wissen. Das Persönliche Budget – eine Gebrauchsanweisung für Beratende« kann kostenlos als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden.

Internet <http://www.budget.paritaet.org>

Handbuch für »In-Gang-Setzer«



Den an Selbsthilfe interessierten Personen fehlen oft die kommunikativen Fähigkeiten, um eine neue Gruppe auf den Weg zu bringen. Für viele Interessierte stellt

deshalb eine Startbegleitung eine Ermutigung dar. Seit 2007 wird in einem bundesweiten Projekt der Ansatz der In-Gang-Setzung erprobt. Mit dem nun vorgelegten Handbuch »In-Gang-Setzer – Selbsthilfe auf den Weg bringen« wollen der Paritätische Nordrhein-Westfalen als Projektträger und die Betriebskrankenkassen (Bundesverband und BKK-Landesverband Nordwest) als Förderer eine Zwischenbilanz zum Projekt ziehen, wichtige Erkenntnisse darlegen und aufzeigen, wie die Methode der In-Gang-Setzer zur nachhaltigen Aktivierung von Selbsthilfe beitragen kann. In drei Projektphasen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten wurden insgesamt 22 Selbsthilfekontaktstellen in sechs Bundesländern einbezogen, rund 200 Personen sind inzwischen als In-Gang-Setzer geschult. In dem neuen Handbuch werden auf 92 Seiten das Konzept der In-Gang-Setzer und die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung des Projektes dargelegt. Es enthält Arbeitshilfen, Informationen und Anregungen für das Engagement in Selbsthilfegruppen, die auch außerhalb des Ansatzes der In-Gang-Setzung für Gruppen hilfreich sein können. Das Handbuch steht zum kostenlosen Herunterladen im Internet zur Verfügung.

Internet <http://www.in-gang-setzer.de>

Zertifikatskurs zur Organisationsberatung neu aufgelegt

In der Paritätischen Akademie startet im November 2011 der achte Ausbildungslehrgang zur Organisationsberatung. Der Zertifikatskurs »Systemische Organisationsentwicklung/-beratung« richtet sich an Führungskräfte, Personalverantwortliche, Trainer, interne und externe Berater. Ziel ist es, Veränderungsprozesse in Organisationen konzipieren, begleiten und umsetzen zu können. Die praxisnahe Weiterbildung besteht aus neun zwei- bis dreitägigen Modulen, die über einen Zeitraum von 15 Monaten besucht werden müssen. Die Gesamtkosten betragen 4.990 Euro.

Informationen: *Susanne Steinmetz, Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-446, E-Mail steinmetz@akademie.org*

Leitfaden zum risikoarmen Absetzen von Psychopharmaka

Ein 40-seitiger Leitfaden des Icarus Projects und des Freedom Centers, zweier Betroffenen-Gruppen aus den USA, sammelt vielfältige Informationen und die wichtigsten Lehren über das Reduzieren und Absetzen von Psychopharmaka. Berücksichtigt werden auch Informationen über Mood Stabilizer, anti-psychotische Arzneimittel, Anti-Depressiva und Beruhigungsmittel, über deren Nutzen und die mit dem Gebrauch verbundenen Gefahren. Hilfreiche Hinweise gibt es in der Broschüre auch für Menschen, die ihre Medikamente weiterhin nehmen wollen. Jetzt steht der Leitfaden in deutscher Übersetzung von Inez Kochius kostenlos im Internet zur Verfügung und kann als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

Internet <http://www.paramus.de/index.php?seite=news&lfdr=23>

Von der Armenhilfe zur Wohnungslosenhilfe – und zurück?



Zwei Hauptfragen stellten sich im Voraus: Handelt es sich hier – wie der Titel des Buches vermuten lässt – um einen historischen Gesamteinblick in die kirchliche und bürgerliche Armenfürsorge vom Mittelalter bis in die Neuzeit? Und ist gleichzeitig ein Rückwärtstrend im politischen Handeln zu vernehmen? Bei der Lektüre erwies sich diese Vermutung insofern als nicht richtig, als der geschichtliche Überblick lediglich in einem Einzelbeitrag dargestellt wird. Allerdings erscheint mir gerade dieser besonders wichtig im Hinblick auf das Grundverständnis für die weiteren Fachbeiträge. Die Autorinnen und Autoren sind teils erfahrene Praktiker in der Sozialen Arbeit mit alleinstehenden Wohnungslosen, teils wissenschaftlich Lehrende an Hochschulen mit Schwerpunkt Politik- und Sozialwissenschaft oder Funktionsträger in der kirch-

lichen Wohlfahrtspflege mit Schwerpunkt Soziale Arbeit für Menschen in Wohnungsnot sowie Vertreter der kommunalen Sozialverwaltung. Die Herausgeber Stefan Gillich und Stephan Nagel sind Referenten für Wohnungslosenhilfe beim Diakonischen Werk in Hessen und Nassau und beim Diakonischen Werk Hamburg. Die unterschiedlichen Beiträge spiegeln die aktuelle wirtschaftliche Krisensituation und deren politische und sozialpolitische Folgerungen für Menschen in Armut und Wohnungslosigkeit. »Wohnungslosigkeit ist die individuell sich ausprägende Folge struktureller Armut und Unterversorgung.« (Gillich) Im Fokus stehen nicht Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit, sondern die Grundlagen und methodische Hilfsansätze, Deutungen der sozialen Rechte und Rechtsdurchsetzung sowie Bilder von Praxisfeldern der Wohnungslosenhilfe. Der interessierte Leser benötigt keine speziellen Vorkenntnisse über Rechtsansprüche oder institutionelle Hilfeangebote für Menschen in extrem schwierigen Lebenssituationen, da er ausführliche Beschreibungen vorfindet. Die Zielsetzung dieser aufschlussreichen Beiträge ist, zur aktuellen Diskussion über Anregungen und Kompetenzen beizutragen und wohnungslosen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu organisieren. Für Studierende der Sozial- oder Gemeinwesenarbeit, sozialpolitisch Interessierte und Sozialarbeiter in der sogenannten Wohnungslosenhilfe ist dieses Buch kein Nachschlagewerk, sondern ein Studienbuch besonderer Qualität. Ein weiteres Ziel ist, das Bewusstsein für die Situation der von Armut und Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zu schärfen. Der Leser soll für die Problematik von Wohnungslosen sensibilisiert werden. Nicht zuletzt leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung von Stereotypen und hinterfragt die kollektiven Wahrnehmungen von Armut und Wohnungslosigkeit. – Georg Bastian

Stefan Gillich, Stephan Nagel (Hg.): Von der Armenhilfe zur Wohnungslosenhilfe – und zurück? Triga Der Verlag, Gründau-Rothensbergen. 262 Seiten. 14,- Euro. ISBN 978-3-89774-723-4.

Jeder sechste Europäer ist armutsgefährdet

Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 16,3 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union armutsgefährdet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lag



die für Deutschland ermittelte Armutsgefährdungsquote von 15,5 Prozent unter dem europäischen Durchschnittswert. Eine Person ist nach EU-Definition armutsgefährdet, wenn sie nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung des Landes, in dem sie lebt, zur Verfügung hat. In Deutschland belief sich der Schwellenwert für Armutsgefährdung im Jahr 2008 für eine alleinlebende Person auf 11.151 Euro im Jahr. Vergleicht man die einzelstaatlichen Ergebnisse untereinander, so war die Armutsgefährdung besonders stark ausgeprägt in den baltischen Staaten Lettland (25,7%), Litauen (20,6) und Estland (19,7%), in den Balkanländern Rumänien (22,4%) und Bulgarien (21,8%) sowie in Griechenland (19,7%) und Spanien (19,5%). Die niedrigsten Quoten wiesen die Tschechische Republik (8,6%), die Slowakei (11,0%), die Niederlande (11,1%) und Slowenien (11,3%) auf.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Arbeitslosigkeit ist Hauptgrund für Überschuldung

Die Arbeitslosigkeit ist der häufigste Auslöser für eine Überschuldungssituation bei Privatpersonen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war im Jahr 2009 die Arbeitslosigkeit bei 28 Prozent der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen der Hauptauslöser für die Überschuldung. Neben Arbeitslosigkeit führten auch andere Ereignisse wie zum Beispiel Trennung, Scheidung sowie Tod des Partners oder der Partnerin (zusammen 14%), Erkrankung oder Sucht (11%) zu kritischen finanziellen Situationen. Eine unwirtschaftliche Haushaltsführung (10%) und gescheiterte Selbständigkeit (9%) waren weitere wichtige Hauptauslöser für die Überschuldung. Besonders allein lebende Männer und alleinerziehende Frauen steckten häufig in

einer finanziellen Krise. Die überschuldeten Personen hatten 2009 im Durchschnitt rund 35.000 Euro Schulden, davon entfielen 20.000 Euro auf Schulden gegenüber Banken, die somit die wichtigsten Gläubiger waren. Weitere Ergebnisse und Erläuterungen zu der Untersuchung können kostenlos auf der Website des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden (Suchbegriff: »Überschuldung«).

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

AGJ thematisiert Schnittstellenprobleme zwischen SGB II, III und VIII

Die Schnittstellen zwischen den Rechtskreisen des SGB II, SGB III und SGB VIII bilden seit über fünf Jahren eine große Hürde für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf beim Übergang ins Erwerbsleben. Um junge Menschen, deren eigenverantwortliche Lebensführung oder Eingliederung in die Gesellschaft oder das Erwerbsleben gefährdet ist, angemessen zu unterstützen, sind entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen notwendig. Dies muss nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) Auswirkungen auf Regelungen in den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII haben. Das AGJ-Positionspapier »Chancen für junge Menschen beim Übergang von Schule zu Beruf verbessern – Schnittstellenprobleme zwischen SGB II, III und VIII beheben!« geht auf diese gesetzlichen und strukturellen Änderungen ein und betont, die Unterstützung junger Menschen an der Schwelle zum Erwerbs- und Berufsleben und das Wirken gegen individuelle und soziale Ausgrenzung sei eine dringende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die umfassenden Unterstützungsbedarfe insbesondere sozial benachteiligter und individuell beeinträchtigter junger Menschen und ihre Schwierigkeiten, sich in den komplexen Hilfestrukturen zurechtzufinden, erforderten es, die unterschiedlichen Systeme mit ihren verschiedenen Ansätzen zusammenarbeiten und ihre Hilfen systematisch zu verzahnen. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe ist ein Forum bundeszentraler Zusammenschlüsse, Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe. Die Stellungnahme kann auf der Website der Organisation abgerufen werden.

Internet <http://www.agj.de/pdf/5/Schnittstellen.pdf>

Termine

Den Wandel steuern. Personal und Finanzen als Erfolgsfaktoren. 7. Kongress der Sozialwirtschaft. 26. und 27. Mai 2011 in Magdeburg. Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Bank für Sozialwirtschaft und die Nomos Verlagsgesellschaft in Zusammenarbeit mit den bundeszentralen Akademien der Freien Wohlfahrtspflege und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Informationen: <http://www.sozkon.de>

Kinder. Jugend. Zukunft: Perspektiven entwickeln – Potenziale fördern! 14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag. 7. bis 9. Juni 2011 in Stuttgart. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Telefon 030 40040-200, E-Mail agj@agj.de, Internet <http://www.agj.de>

Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Forschungsperspektiven, Handlungstraditionen, strategische Herausforderungen. 23. und 24. Juni 2011 in Basel. Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung der Fachhochschule für Soziale Arbeit Nordwestschweiz, Thiersteinallee 57, 4053 Basel, Schweiz, E-Mail anke.rupp@fhnw.ch, Internet <http://www.tagung-stadtentwicklung.ch>

Von der Fach- zur Führungskraft. Ein Praxisseminar für angehende Führungskräfte. 4. bis 7. Juli 2011 in Hamburg. AWO-Bundesakademie, Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin, Telefon 030 26309-0, Fax 030 26309-211, E-Mail akademie@awo-bu.awo.org, Internet <http://www.akademie.awo.org>

2 x 2 = grün. Die Vielfalt systemischer Sozialarbeit. 3. Merseburger Tagung zur systemischen Sozialarbeit. 7. bis 9. Juli 2011 in Merseburg. Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit, Medien, Kultur, Geusaer Straße 88, 06217 Merseburg, E-Mail johannes@herwig-lempp.de, Internet <http://www.zwei-mal-zwei-ist-grün.de>

Jahrstagung zum Persönlichen Budget in der Eingliederungshilfe. 14. Juli 2011 in Flehingen bei Karlsruhe. Kosten 66,50 Euro. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Postfach 10 60 22, 70049 Stuttgart, Telefon 0711 6375-0, Fax 0711 6375-449, E-Mail info@kvjs.de, Internet <http://www.kvjs.de>

Beratungsresistent!? Praktische und ressourcenorientierte Methoden zur psychosozialen Beratung von aussichtslosen Fällen. 27. bis 29. Juli 2011 in Freiburg im Breisgau. Teilnahmegebühr 370,- Euro; zuzüglich Unterkunft und Verpflegung. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, Fax 0761 200-199, E-Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

Aktuelle Entwicklungen der europäischen Sozialpolitik. 5. und 6. September 2011 in Erkner bei Berlin. Veranstaltungskosten 175,- Euro, Tagungsstättenkosten 112,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Der Allgemeine Soziale Dienst – aktuelle fachliche und fachpolitische Entwicklungen. 26. bis 28. September 2011 in Berlin. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Sozialarbeit in New York City. Aktuelle Einblicke in die amerikanische Sozialarbeit. Studienreise vom 1. bis 9. Oktober 2011. Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 280495-0, Fax 030 28049529, E-Mail info@akademie.de, Internet <http://www.akademie.org>

Die Heimzeitung als Informationsmedium. 6. Oktober 2011 in Stuttgart. Lehrgangsgebühr 95,- Euro. Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, Postfach 10 53 41, 70046 Stuttgart, Telefon 0711 61926-0, Fax 0711 61926199, E-Mail info@wohlfahrtswerk.de, Internet <http://www.wohlfahrtswerk.de>

ConSozial 2011. 13. Fachmesse und Kongress des Sozialmarktes. 2. und 3. November 2011 in Nürnberg. ConSozial, Postfach 11 63, 90588 Schwarzenbruck, Telefon 09128 502601, Fax 09128 502602, E-Mail info@consozial.de, Internet <http://www.consozial.de>

Nachfrage nach Erziehungshilfe steigt

Im Jahr 2009 hat für rund 509.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland eine erzieherische Hilfe durch das Jugendamt oder in einer Erziehungsberatungsstelle begonnen. Das waren nach Auskunft des Statistischen Bundesamts etwa 1,6 Prozent mehr als im Jahr 2008. Bundesweit haben somit rund drei Prozent aller jungen Menschen unter 21 Jahren eine erzieherische Hilfe neu in Anspruch genommen. Den größten Anteil unter allen neu gewährten erzieherischen Hilfen hatte 2009 mit 66 Prozent die Erziehungsberatung. Häufiger als im Vorjahr wurden junge Menschen, die eine Erziehungshilfe neu in Anspruch nahmen, außerhalb des Elternhauses untergebracht. Für mehr als 49.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene begann eine Vollzeitpflege in einer anderen Familie, eine Heimerziehung oder eine Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform. Weitere Ergebnisse stehen kostenlos auf der Website des Statistischen Bundesamtes zum Abruf bereit (Suchbegriff: »Erzieherische Hilfe«).

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Tipps für barrierefreie Veranstaltungen



Worauf bei der Organisation von Veranstaltungen zu achten ist, damit sie auch problemlos von Menschen mit einer Behinderung besucht werden können, beschreibt das »Handbuch Inklusion«

des Caritasverbandes für die Diözese Münster. Detailliert beschreibt die Broschüre die Einschränkungen, die verschiedene Behinderungen bedeuten, und listet in einer Übersicht auf, welche Voraussetzungen bei einer Veranstaltung entsprechend der spezifischen Behinderung erfüllt sein sollten. Die 30-seitige Broschüre ist Teil der diesjährigen Jahreskampagne der Caritas »Kein Mensch ist perfekt«. Das Handbuch kann kostenlos als Druckschrift bestellt (E-Mail bollmann@caritas-muenster.de) oder von der Website des Verbandes heruntergeladen werden.

Internet <http://www.caritas-muenster.de/77519.html>

EU-Kommission: Soziale Aspekte im öffentlichen Beschaffungswesen

Die Europäische Kommission hat einen neuen Leitfaden zur Berücksichtigung sozialer Belange im Vergabewesen veröffentlicht. Die Hinweise sollen Behörden zeigen, wie sie bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen soziale Kriterien vorgeben können, ohne damit gegen EU-Wettbewerbsvorschriften zu verstoßen. Der Leitfaden enthält praktische Beispiele zu verschiedenen sozialen Aspekten wie beispielsweise die Förderung der Chancengleichheit und gleicher Beschäftigungsmöglichkeiten; für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen; für die soziale Integration schutzbedürftiger Personen, etwa von Menschen mit Behinderungen. Der 93-seitige »Leitfaden zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse inklusive Sozialdienstleistungen« steht auf der Website der EU-Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration auch in deutscher Sprache kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=978&furtherNews=yes>

Linzer Tagung diskutierte Wertschöpfung in der Sozialwirtschaft

Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Italien, Österreich, der Schweiz und Deutschland diskutierten beim Kongress der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Sozialmanagement/Sozialwirtschaft (INAS) in Linz am 24. und 25. Februar 2011 das Thema »Wertschöpfung und Wirkungsorientierung«. Die Referenten spannten einen Bogen von der Prozesskostenrechnung über die Steuerungsproblematik des kommunalen Managements bis hin zur Messbarkeit der Wirkungen von Maßnahmen der Sozialwirtschaft und der Sozialen Arbeit. Die meisten Vorträge und Präsentationen stehen auf der Website der Organisation zum kostenlosen Abruf bereit. Der nächste Fachkongress wird am 8. und 9. März 2012 in Berlin stattfinden. Zu dem dann auf der Tagesordnung stehende Rahmenthema »Sozialmanagement in Organisationen des Kindes- und Jugendalters« werden bereits jetzt Autoren für einen Sammelband gesucht, der noch vor der Tagung erscheinen soll.

Internet <http://www.inas-ev.eu>

Kennzahlen

Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph
(1401–1464)

3.400 Euro

Betrag in Euro der Ausgaben für Gesundheit in Deutschland je Einwohner im Jahr 2009

763.864

Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII in Deutschland (Stichtag: 31.12.2009)

102.393

Zahl der Dienst und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege (2008)

1.541.829

Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Freien Wohlfahrtspflege (2008)

11.485.758

Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland (Schuljahr 2010/2011)

130.698

Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland im Jahre 2009

2.338.252

Zahl pflegebedürftiger Menschen in Deutschland (im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes SGB XI) im Dezember 2009